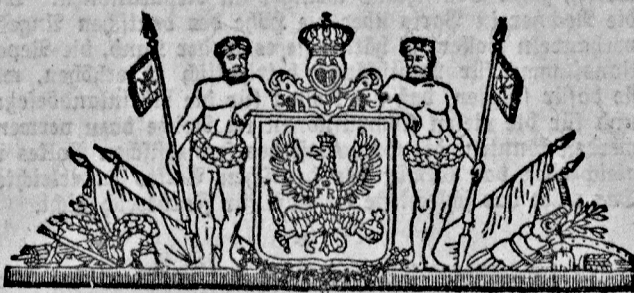


Vossische



Zeitung

50 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Januar 1500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifenband 2250 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 105 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 40 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Roms festes, Frankreichs bewegliches Programm.

„Das Minimum des Friedens.“

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 30. Dezember.

Die Aussichten für die bevorstehenden Pariser Besprechungen werden in französischen amtlichen Kreisen nach meinen Feststellungen „relativ optimistisch“ beurteilt. Man versichert mir heute abend an zuständiger Stelle, seit der Vertagung der Londoner Besprechungen sei eine Annäherung zwischen den Auffassungen der verschiedenen Verbündeten eingetreten. England habe sich dem französischen Standpunkt vor allem insofern genähert, als es die Forderungen Frankreichs nicht mehr falsch auslege, sondern der Wahrheit entsprechend, sie „durch finanzielle Notwendigkeiten“ erkläre. Auch die italienische Regierung sei jetzt davon überzeugt, daß Frankreichs Reparationspolitik ihm durch seine finanziellen Schwierigkeiten aufgezwungen worden ist.

Die Tagesordnung für die Pariser Konferenz ist noch nicht festgesetzt. Unter den Verbündeten ist gegenwärtig ein Meinungsaustrausch über diese Frage im Gange. Man ist, wie mir an zuständiger Stelle gesagt wurde, bemüht, sich über eine Tagesordnung zu verständigen, die nach Möglichkeit die Wünsche der verschiedenen Konferenzteilnehmer berücksichtigt.

Am Quai d'Orsay wurde heute abend nochmals nachdrücklich betont, daß Poincaré auf der Pariser Konferenz keineswegs auf bestimmte Lösungen bestehen werde, sondern seine Haltung vom Gang der Verhandlungen abhängig machen will. Man bemerkte in diesem Zusammenhang, daß in den Besprechungen der französischen Sachverständigen, die heute fortgesetzt wurden, keinerlei Beschluß gefaßt worden ist. Die Sachverständigen, deren Ansichten in gewissen Punkten durchaus nicht einheitlich sind, wurden lediglich damit betraut, alle Fragen, die im Laufe der Pariser Verhandlungen auftauchen könnten, zu erörtern und der Regierung darüber Bericht zu erstatten. Die französische Regierung ist durch die Gutachten der Sachverständigen in keiner Weise gebunden. Sie wird nach freiem Belieben die Anregungen herausgreifen, die sie je nach dem Verlauf der Verhandlungen in die Debatte zu werfen gedenkt. Die Beratungen der Sachverständigen muß man sich also als Meinungsaustrausch über alle erdenklichen Möglichkeiten vorstellen.

Auf italienischer Seite ist nach den Informationen des Quai d'Orsay im Vergleich mit der Reparationspolitik der früheren römischen Kabinette ein radikaler Umschwung eingetreten, der hauptsächlich durch die Anregungen des italienischen zweiten Delegierten in der Reparationskommission, d'Ameglio, zu erklären ist. Italien wird im Gegensatz zu Frankreich und England mit einem festen Programm zur Pariser Konferenz kommen und den Verbündeten sehr „positive Vorschläge“ unterbreiten. Man erklärt am Quai d'Orsay, es könne nicht vorausgesehen werden, in welchem Umfang die übrigen Konferenzteilnehmer den italienischen Anregungen zustimmen, aber es könne als sicher gelten, daß die Vorschläge Italiens sehr eingehend geprüft würden.

Zu den Erklärungen des amerikanischen Staatssekretärs wird in französischen amtlichen Kreisen bemerkt, den Meinungen Amerikas sei „keine ernste Bedeutung beigemessen“, so lange die Vereinigten Staaten nicht bereit seien, einen Teil der Verantwortung für die Lösung der Reparationsfrage zu übernehmen. Die amerikanische Regierung habe ihre Stellung zur Frage der Schuldenregelung noch nicht geändert, offenbar mit Rücksicht auf die Haltung des Senats. Solange Amerika in dieser kapitalen Frage nicht einen Stellungswechsel vornehme, könne dem Eingreifen der Vereinigten Staaten in die Reparationserörterungen kein praktischer Wert zuerkannt werden.

Der neue englische Botschafter in Paris, Marquis Crowe, überreichte heute Millerand sein Beglaubigungsschreiben und hielt dabei eine Ansprache, in der er nach dem offiziellen Auszug folgendes erklärte: Der König beauftragte mich ganz besonders, sein unbedingtes Vertrauen in die enge Uebereinstimmung auszusprechen, die zwischen Frankreich und Großbritannien herrscht. Diese Uebereinstimmung gestattet uns, einer politischen Zukunft mit guter Zuversicht entgegenzusehen, die sich auf eine moralische, gerechte und friedliche Grundlage stützt. Es lasse sich nicht leugnen, daß der Sieg — so vollständig er auch gewesen sein möge — seit vier Jahren für alle Alliierten in gewisser Beziehung eine Quelle von Enttäuschungen geworden sei. Das sei aber nur ein Grund mehr, um die Bande fester zu knüpfen, die beide Völker umschlingen. — Millerand antwortete, die Friedensverträge gäben den Siegern nicht alle Genugtuung, auf die sie Anspruch hätten. Der Frieden schulde ihnen ein Minimum unter das, so bescheiden es auch sein möge, sie nicht herabgehen könnten. Frankreich und England würden zusammenstehen, um die Verwirklichung dieses

Mindestmaßes zu erstreben. Millerand versicherte den englischen Botschafter seiner treuen und herzlichen Mitarbeit, wie auch die Regierung der Republik alles tun wolle, um die engen Beziehungen zwischen beiden Völkern aufrechtzuerhalten und zu festigen.

Poincaré über Passau und Ingolstadt

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 30. Dezember.

In der Kammer hat heute über die Zwischenfälle von Passau und Ingolstadt eine neue Debatte stattgefunden, in der ein Vertreter der Rechten der Regierung vorwarf, nur „ungenügende Genugtuung“ von der deutschen Regierung erhalten zu haben. Poincaré erwiderte, daß die Zwischenfälle von Stettin, Passau und Ingolstadt „ein Beweis dafür seien, daß der militärische Geist in Deutschland noch nicht ausgestorben“ sei. Genugtuung habe aber Frankreich in allen Fällen erhalten. Sie sei zwar noch ungenügend, und ein neues Ultimatum sei an Deutschland geschickt worden, in welchem formelle Entschuldigungen verlangt werden. Immerhin habe man aber bereits die Zahlung der Geldstrafen, die über die Städte verhängt worden seien, durchgeführt. Wichtig sei, daß die Botschafterkonferenz angenommen habe, daß das Reich an Stelle Bayerns und der Städte die Zahlungen leiste, weil man eben der Ansicht sei, daß das Reich der wahrhaft Schuldige sei. Man habe deshalb die Zahlung einer Million Goldmark von seiten des Reiches angenommen. Das sei aber nicht alles. Die Botschafterkonferenz habe Beamtenabsetzungen, Verfehlungen von Beamten und andere Genugtuung erhalten. Man halte sie aber nicht für ausreichend, und in diesem Sinne sei am 19. Dezember an die Vertreter des Deutschen Reiches eine neue Note abgegangen.

Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß er in den letzten Tagen den Besuch des Generals Nollet erhalten habe, welcher ihm erklärt habe, daß die auferlegten Sanktionen bereits jetzt auf den Geisteszustand in Deutschland „mächtig“ eingewirkt hätten. Es sei dies die Belohnung für die Energie, welche die Botschafterkonferenz in dieser Frage an den Tag gelegt habe.

Amerikas Initiative.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung“.

Washington, 30. Dezember.

In Kreisen, die dem Weißen Hause nahe stehen, ist man nach der gestrigen Rede des Staatssekretärs Hughes überzeugt, daß amerikanische Finanzleute die Initiative ergreifen werden, um an der von Hughes vorgeschlagenen Untersuchungskommission teilzunehmen. Man rechnet auch mit der Möglichkeit, daß diese Finanzleute von der Regierung selbst dazu auserzehen werden. Obwohl nichts Sicheres bekannt ist, hat man Anlaß zu glauben, daß die alliierten Premierminister dieser von Amerika vorgeschlagenen Kommission keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen werden, wenn sie in Paris nicht zu einer Einigung in der Reparationsfrage gelangen können.

London, 30. Dezember.

Im Vordergrund des Interesses stehen hier zwei Ereignisse, nämlich die Rede des Staatssekretärs Hughes und die Abreise Bonar Laws und seiner Mitarbeiter zur Konferenz von Paris. In Erwartung der letzteren hält man es hier für nicht wahrscheinlich, daß der Vorschlag des Staatssekretärs Hughes zur Einberufung einer internationalen Untersuchungskommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands vor Abschluß der Konferenz eine endgültige Gestaltung nehmen wird.

Was die Abreise Bonar Laws nach Paris betrifft, so ist sie bereits auf Sonntag festgesetzt worden, um dem Ministerpräsidenten Gelegenheit zu geben, mit dem aus Lausanne zurückkehrenden Lord Curzon in Paris zusammenzutreffen. Die Rede des amerikanischen Staatssekretärs, der einen Zusammentritt von Sachverständigen beflurwortet, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu überprüfen, ist in englischen politischen Kreisen erwartet worden.

Es sind übrigens in diesem Sinne bereits Verhandlungen zwischen dem französischen Botschafter in Washington und dem Staatsdepartement geführt worden. Er ist aber sehr unwahrscheinlich, daß darüber hinaus ein wichtiger und offizieller Schritt vor Abschluß der Konferenz von Paris unternommen werden wird.

Die Lösung.

Von

Georg Bernhard.

Die Taktik ist der Schwäche liebster Feind. Den großen Staatsmännern gefehlt sich der Idee, der Weg zu ihrer besten Durchführung selbstverständlich sei. Der taktische Weg ist ihnen niemals Gegenstand des Nachdenkens. Wie es überhaupt im Wesen des Genies zu liegen pflegt, wenig nachzudenken, dafür um so mehr Einfälle zu haben. „Man hat es oder hat es nicht“, wie der alte Fontane so schön zu sagen pflegte. Aber nicht jeder, der an örtlicher Stelle Politik macht, braucht ein Genie zu sein. Und wäre selbst ein Genie in Deutschland Reichstangler und säße einem deutschen Kabinett der Uebergangszeit vor, an Zuständigkeiten gebunden, wie sie die Reichsverfassung konstruiert, der faustigste Einfall würde am Ende jeder Kabinettsberatung ausgequert und dürr werden. Man muß es deshalb als Schickung hinnehmen, daß bei deutschen Regierungsmaßnahmen Erwägungen über die Taktik schließlich immer auf gefährliche Wege führen. Und es bleibt angesichts des Vorhabens, mit dem das Kabinett Cuno zum Jahreswechsel an die Öffentlichkeit tritt, nichts weiter übrig, als ihm und dem Vaterlande alles Glück zu wünschen. Was hiermit herzlich und ohne Vorbehalte geschieht.

Manch einer hatte gewünscht, das Kabinett hätte sich zu einer Art Neujahrsproklamation durchgerungen, indem es den Vorschlag zur deutschen Reparationszahlung in einer bis ins einzelne ausgearbeiteten Note nach Paris schickte und den Plan durch Veröffentlichung der Note aller Welt kundtat. Es konnte dadurch nichts verdorben, aber dafür um so mehr der Stärkung des deutschen Ansehens genützt werden. Immerhin: wenn man es anders beschloß, so tat man es, um der Sache zu dienen. Die Entente sollte das deutsche Ersuchen in Paris, von den Unterhändlern des Reiches den deutschen Vorschlag mündlich entgegenzunehmen, so auffassen, wie er gemeint ist: Deutschland will verhandeln, nicht um sich Verpflichtungen zu entziehen, sondern um ehrlich gemeinte Propositionen zu machen. Anerbietungen, die nicht zurückgewiesen werden können, über die man wird diskutieren müssen.

Die augenblickliche deutsche Regierung befindet sich in einer für sie verhältnismäßig günstigen Weltlage. Bonar Law hat einen gewissen Rahmen für die Verhandlungen abgesteckt, indem er Ziffern nannte. Diese Ziffern, die das Höchstmaß der Erwartungen der Entente darstellen, gehen erheblich unter das hinab, was bisher an Leistungen von Deutschland verlangt wurde. Sie schalten vor allem die Summen aus dem Londoner Diktat vollkommen aus. Der Vorschlag des englischen Ministerpräsidenten ist um so bedeutsamer, als man bei ihm im Gegensatz zu Lloyd George nicht annehmen kann, daß er Ziffern in die Welt setzt, die geeignet sind, die amtlichen Kreise Frankreichs zu erregen. Und es ist vielleicht besonders charakteristisch für seinen Vorschlag, daß er die Möglichkeit einer teilweisen Streichung der französischen Schulden vorsieht. Ein Plan, der wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Reise des englischen Schatzkanzlers Baldwin nach New York steht. Bonar Law knüpft an die drei Arten von Reparationsbonds an, die Deutschland in Zahlung gegeben hat. Er läßt das Schicksal der Bonds Litexa C im Dunkeln und hält sich zunächst nur an die Bonds A und B, die zusammen fünfzig Milliarden Goldmark ausmachen. Er zieht selbst in Betracht, daß auf diese von ihm genannte Höchstsumme Deutschland gewisse Leistungen und Vorauszahlungen in Anrechnung bringen würde. Daraus ergibt sich bereits, daß die schließlich effektiv noch zu zahlende Summe, je nachdem sie hoch, man die Vorausleistungen bewertet, von den Alliierten selbst höchstens zwischen 30 und 40 Milliarden veranschlagt wird.

Wenn man aus dem Bonar Lawschen Vorschlag schließen darf, daß die Welt nun endlich reif für die Klärung von Summen geworden ist, dann scheint diesmal das Verhandeln wesentlich einfacher zu sein, als es früher der Fall war. Denn Zahlendifferenzen sind keine Prinzipienfragen. Wenn der deutsche Vorschlag nicht genügt, so wird eben gehandelt werden müssen. Und es wäre ein übles Zeichen geringen Verständigungswillens, wenn man in Paris, statt den Weisheit zu handhaben, mit der roten Tinte des schäumenden Gemüts den deutschen Vorschlag einfach ausstriche. Es wird natürlich hüben und drüben Leute geben, die mehr oder weniger Erregung in die Sache hinein-zutragen trachten. Aber aus Leidenschaften ist noch nie ein gutes Geschäft geboren worden. Und man sollte sich doch einmal daran gewöhnen, daß die Reparationsfrage im augenblicklichen Stadium, wenn sie überhaupt vernünftig gelöst werden soll, eine rein geschäftliche Angelegenheit sein muß. Der Vertrag von Versailles war eine Ausgeburt der Kriegsverheerung,